

## Neues Gesetz

# Bezahlbare Zahnmedizin für alle – Ja zu sozialer Zahnmedizin

**Am 8. März 2015 stimmen wir über das neue Universitäre Zentrum für Zahnmedizin ab. Mit dieser neuen Einrichtung will der Kanton die Grundlage für eine umfassende und moderne öffentliche Zahnmedizin für die Patientinnen und Patienten schaffen.\***

Konkret sollen Schul- und Volksschulzahnklinik bis 2018 mit der universitären Zahnmedizin an einem neuen Standort, einem Neubau auf dem Campus Rosental, als öffentlich-rechtliche Anstalt zusammengeführt und die gesamte Infrastruktur verbessert werden. Das neue Zentrum für Zahnmedizin wäre schweizweit einmalig und das erste seiner Art.

Gegen das Vorhaben, die Volks- und Schulzahnklinik aus der Basler Verwaltung auszugliedern, haben SP, Juso, BastA!, Grüne, das Junge Grüne Bündnis, der VPOD sowie die Gewerkschaftsbünde Basel-Stadt und Baselland das Referendum ergriffen. Als Grund für die Ablehnung wird die Angst vor Leistungsreduktion und schwindendem Mitspracherecht des Kantons genannt, obschon die zu erwartenden Synergien mit der universitären Lehre und Forschung auch von linker Seite nicht bestritten werden.

## Moderne Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden

Für das Nein zur Vorlage hat die von bürgerlichen Parteien und Verbänden getragene Basler Allianz «Ja zu sozialer Zahnmedizin» wenig Verständnis, denn die Vorlage stellt die notwendige Basis dar, um die dringend renovationsbedürftigen Standorte verlassen, die nötigen Investitionen tätigen und den Patienten eine zeitgemässe Einrichtung zur Verfügung stellen zu können. Die



Bild: adam121 – Fotolia

Mitarbeitenden profitieren dabei von modernen Arbeitsbedingungen, zeitgemässer Infrastruktur und optimalen Räumlichkeiten zur Behandlung der Patientinnen und Patienten.

Mit dieser modernen Infrastruktur kann dabei das gesamte Spektrum der Zahnmedizin angeboten werden. Die Patientenversorgung wird qualitativ gesteigert werden und der Wissenstransfer zwischen Universität und Praxis ist ein essentieller Mehrwert für den Kanton. Gemeinsam angeschaffte Apparaturen ermöglichen eine nachhaltige Finanzierung. Ein Scheitern des Gesetzes würde bedeuten, dass Patientinnen und Patienten weiterhin an Standorten versorgt werden, die unbestrittenermassen nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Ohne den Bau eines Kompetenzzentrums wären Umbaumassnahmen an den bestehenden Standorten notwendig, was um ein Vielfaches teurer würde.

## Die Argumente der Gegner sind falsch

Nimmt man zudem die Argumente der Gegner unter die Lupe, lassen sich diese leicht entkräften. Es wird behauptet, dass mit dem neuen Gesetz sozial Schwächere inskünftig wegen kostspieligen Zahnbehandlungen finanziell ruiniert würden. Diese Behauptung ist falsch, denn das Gesetz zum UZB sieht explizit vor, dass sozial schwächer Gestellte auch in Zukunft Zugang zu einer kostengünstigen zahnmedizinischen Versorgung haben werden.

Auch ist es falsch, dass durch die Verselbständigung die Öffentlichkeit die Kontrolle über ihre zahnmedizinische Grundversorgung verliere. Auslagerung und Privatisierung sind aber nicht dasselbe. Vielmehr wird der Kanton mittels Eignerstrategie seinen Einfluss auf den Betrieb des UZB weiterhin wahrnehmen. Der Regierungsrat beeinflusst mittels Leistungsvereinbarung die Grundversorgung nach wie vor direkt und kontrolliert die Einhaltung dieser Vereinbarung. Das

Parlament behält dabei die ihr gemäss Verfassung zustehende Oberaufsicht.

Aus den erwähnten Gründen ist es wichtig, dass wir am 8. März Ja zum neuen Gesetz «über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel» sagen. Nur damit kann eine moderne und bezahlbare Zahnmedizin für alle in Basel-Stadt entstehen.

**> [www.zahnmedizin-ja.ch](http://www.zahnmedizin-ja.ch)**



\*Von Patricia von Falkenstein, Grossrätin und Präsidentin LDP, Co-Präsidentin der Allianz «Ja zu sozialer Zahnmedizin mit universitärer Qualität».